



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

StuRa

Studierendenrat der FSU Jena · Carl-Zeiss-Straße 3 · 07743 Jena

öffentliches

Verlaufsprotokoll der Studierendenratssitzung am 29.10.2013

Studierendenrat

Vorstand

Carl-Zeiss-Straße 3
07743 Jena

**Johannes Krause
Marcus D.D. Müller
Julia Walther**

Telefon: 0 36 41 · 93 09 98
Telefax: 0 36 41 · 93 09 92
vorstand@stura.uni-jena.de

- anwesende MdStuRa:** Clemens Beck, Meike Boldt, Lars Peter Engels, Dorothea Forch, Hatto Frydryszek, Cornelius Golembiewski, Markus Hammerschmidt, Christian Hanke, Johannes Krause, Tristan Kreuzinger, Jenny Markert, Marcus D.D. Müller, Vincent Schmidt, Maxi Scheibner, Johanna Schuchmann, Michael Siegmann, Sebastian Uschmann, Julia Walther
- entschuldigt:** Philipp Borchers, Markus Henseler, Vanessa Krimmel, Johanna Lehmann, Ilknur Üreyen, Karin Wirthgen
- ruhendes Mandat:** -
- unentschuldigt:** Johannes Letsch, Oliver Moisisch, Karl Spitz
- beratende Mitglieder:** Marcel Eilenstein, Janine Eppert, Pauline Fröbel, Mandy Gratz, Anika Rehe, Johannes Struzek, Daniel Netzeband
- Gäste:** Florian Rappen, Moritz Hellmich, Matthias Gothe, Anne Zwiefelhofer, Carsten Hölbing, Paula Georgi, Tom Bauermann, Niclas Seydack, Hauke Rehr, Benjamin Schmidt, Sebastian Beer, Elisabeth Luther, Matthias Jahnen
- Sitzungsleitung:** Johannes Krause / Marcus D.D. Müller
- Protokollantin:** Julia Walther
- Sitzungsort** SR 113 Carl-Zeiss-Straße 3

Die Sitzungsleitung eröffnet die Sitzung um 18:20 Uhr.

TOP 1 Berichte

Johannes Krause kündigt für die nächste Woche die 1. Lesung des Haushalts an. Diese Sitzung soll relativ kurz werden, der Fokus wird darauf liegen, dass der Aufbau des Haushalts erklärt wird und Fragen dazu gestellt werden können.

Johannes Struzek berichtet von der letzten Sitzung der KTS. Dort wurde eine Solidarisierung mit den Hausbesetzer*innen in Ilmenau beschlossen, die Freiräume erreichen wollen. Dies soll auch den Stura der Uni Jena demnächst beschäftigen. Außerdem waren Zulassungsverfahren ein Thema, dieses wird aber ebenfalls demnächst vom Gremium behandelt werden. Auch das Gespräch mit Staatssekretär Deufel wurde vorbereitet. Außerdem hat die KTS die in der letzten Stura-Sitzung angesprochene Förderung des PVT in Jena beschlossen.

Christian Hanke berichtet aus dem Lehramtsreferat. Er kündigt den „Tag des Studiums“ an, der am 6.11. stattfinden wird. Dieser ist eher eine Selbstdarstellungsveranstaltung der Uni. Dieses Jahr organisiert das Lehramtsreferat das Programm mit, da das Thema Lehrerbildung sein wird. Der Tag soll diesmal dialogischer mit Workshops usw. gestaltet werden.

Johannes Struzek: Er widerspricht und meint, dass die Uni sich nicht selbst dargestellt hat. Früher hieß der Tag „Bolognatag“. Die Studierenden haben die Möglichkeit, Kritik an der Hochschulleitung zu üben, die Hochschule erhofft sich davon Verbesserungen.

Dorothea Forch: Sie sagt, dass der Tag, seitdem es nicht mehr „Bolognatag“ heißt, tatsächlich eher wenig kritisch ist, es wurde dort z.B. einmal Werbung für studieren im Ausland gemacht.

Johannes Struzek: Er ergänzt, dass es bisher nur 1mal „Tag des Studiums“ hieß. Letztes Jahr organisierte dort das Referat für interkulturellen Austausch mit, früher lag die Organisation beim HoPo-Referat.

Meike Boldt berichtet aus dem Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät. Dort war der StEP Thema. Ihr Fazit: jeder versucht dort, das eigene Institut zu retten. Prinzipiell werden die Einsparungen angenommen, es wird versucht, die Gefahr so gering wie möglich zu halten. Ihrer Meinung nach könnten sich evtl. einige Dozierende mit den Studierenden solidarisieren, aber sie denkt, dass kein breiter Protest kommen wird.

Sebastian Uschmann: Er fügt hinzu, dass dies an der Fakultät für Mathematik und Informatik ähnlich ist. Die Mitarbeiter sind eher nicht für Protest bereit, dies liegt evtl. auch daran, dass es die Fakultät nicht so stark trifft.

Marcus Müller: Er fügt an, dass dies an der Theologischen Fakultät ähnlich ist.

Julia Walther berichtet von der AG Stellungnahme des Senats. Diese erarbeitet die Stellungnahme zum Struktur- und Entwicklungsplan und besteht aus Prof. Paulus, Prof. Lessenich und ihr selbst. Der Text soll bis zum Wochenende fertig sein, darin wird sowohl die mangelnde Finanzierung der FSU durch das Land wie auch die Unileitung für das Zustandekommen des Plans kritisiert werden.

Julia Walther berichtet weiter vom gestrigen Treffen des Referats für Hochschulpolitik. Es waren einige Gäste aus den FSREN und Fakultätsräten anwesend. Man hat sich auf ein Vorgehen geeinigt und diverse Arbeitsfelder abgegrenzt. U.a. wird ein Infolyer gestaltet und eine Demo für den 22.11. geplant, wenn der Plan verabschiedet werden soll. Sie lädt außerdem alle ein, an den Referatstreffen jeden Montag um 18 Uhr im Freiraum teilzunehmen.

Julia Walther berichtet vom Gespräch mit dem Rektor. Dieser wies darauf hin, dass der Haushalt möglichst frühzeitig beschlossen werden sollte. Außerdem waren Onlinewahlen Thema. Dazu wird es demnächst eine Arbeitsgruppe geben. Der Rektor möchte, dass auch die Wahlen zur studentischen SV online durchgeführt werden. Die Kritik an der mangelnden studentischen Beteiligung und Transparenz am StEP wies der Rektor zurück. Außerdem kündigte er eine Überprüfung und Umgestaltung des Studienangebots an, das auf den StEP folgen muss, da nicht mehr alles in der derzeitigen Form studierbar sein wird. Dafür kündigte er die Einbeziehung der Studierenden an.

Johannes Krause: Er ergänzt, dass der Rektor kooperationsbereit ist und bei dem Thema auf uns zukommen will.

Marcus Müller berichtet vom Bibliotheksausschuss. Dort wurde die Kritik vorgebracht, dass die derzeitige Beschaffungspraxis nicht besonders regelkonform ist. Daher wird dazu ein neues Modell erarbeitet, das getestet werden soll. Außerdem wurde berichtet, dass der StEP keine Folgen für die Thulb hat.

Johannes Struzek: Er fragt, ob dies eine weitere Unterfinanzierung der Thulb bedeutet.

Marcus Müller: Bejaht.

Christian Hanke: Er fragt nach Stellenstreichungen in der Thulb.

Marcus Müller: Der Kanzler verneinte dies.

Michael Siegmann: Es werden Datenbanken nicht mehr finanziert. Die Aussage der Folgenlosigkeit des StEP ist also offensichtlich falsch.

Marcus Müller: Dies liegt nicht direkt an den Kürzungen. Es gab Preissteigerungen bei den Onlineangeboten.

Abbestellungen werden im nächsten Ausschuss thematisiert werden.

Johannes Struzek: Die Unterfinanzierung der Thulb ist schon lange bekannt. Die Ausgaben sind höher als das vorhandene Budget. Dies hat nichts mit dem StEP zu tun. Preissteigerungen haben massive Folgen, da digitale Fassungen sehr teuer sind. Vieles kann außerdem nur im Paket bestellt werden, das mehrere Ausgaben enthält.

Janine Eppert berichtet von einer Veranstaltung des Referats für Menschenrechte zum Syrienkonflikt. Diese findet nächsten Mittwoch ab 18:30 Uhr im HS 3 statt. Alle sind herzlich eingeladen.

Johannes Struzek: Er berichtet, dass am kommenden Montag Cinebeats stattfindet. Dies ist die offizielle Semesteranfangsparty des Stura. Er berichtet, dass noch Helfende für den Einlass und das Catering benötigt werden. Es ist wichtig, dass sich Interessierte melden. Er erklärt noch, dass das Cinebeats sich selbst trägt und der Stura daher kein Minus macht.

Tom Bauermann: Er fragt, warum er die Mail bzgl. des Unterstützungsaufrufs nicht bekommen hat und wann der genaue Termin ist.

Johannes Struzek: Er schickt die Mail noch einmal über die entsprechenden Verteiler. Der Termin ist der 4.11.

Meike Boldt: Sie meint, es gibt keine Karten mehr für normale Studierende. Außerdem habe der VVK zu früh angefangen.

Johannes Struzek: Der Beginn des Kartenvorverkauf war 11.30 Uhr. Es war unklar, wann es den VVK gibt. Insgesamt gab es 300 Karten im VVK des Stura und weitere im Cinestar. Helfende bekommen Freikarten.

Keine weiteren Berichte.

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Es sind 15 von 27 Sturamitgliedern anwesend. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

vorläufige Tagesordnung:

TOP	1	Berichte
TOP	2	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
TOP	3	Diskussion und Beschluss: Bestätigung der Referatsleitungen (Vorstand)
TOP	4	Diskussion und Beschluss: Einrichtung von Arbeitskreisen (Vorstand)
TOP	5	Ernennung: Koordinator*in für den Tätigkeitsbericht (Vorstand)
TOP	6	Diskussion und Beschluss: Vorschlag Mitglieder Verwaltungsrat (Vorstand)
TOP	7	Diskussion und ggf. Beschluss: Preiserhöhungsverlangen DB Regio Südost für Semesterticket (Mike Niederstraße)
TOP	8	Diskussion und Beschluss: Delegation ABS-VV (Johannes Struzek)
TOP	9	Ernennung: LBA-Delegierte (Christian Hanke)
TOP	10	Diskussion und ggf. Beschluss: Neubehandlung des Vorstandsbeschlusses zur Mandatierung im Rechtsstreit mit ADV Amazonia Jena vom 9.10.2013 (Christopher John)
TOP	11	Diskussion und Beschluss: Ausschreibung Bürokräft KokoS (Vorstand)
TOP	12	Wahl: Lektorat Akrützel (Akrützel)
TOP	13	1. Lesung: Haushalt 2014 (HHV)
TOP	14	Sonstiges

weitere Anträge zur TO:

TOP 13 wird von der Tagesordnung genommen, da der HHV nicht anwesend sein kann.

endgültige Tagesordnung:

TOP	1	Berichte
TOP	2	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
TOP	3	Diskussion und Beschluss: Bestätigung der Referatsleitungen (Vorstand)
TOP	4	Diskussion und Beschluss: Einrichtung von Arbeitskreisen (Vorstand)
TOP	5	Ernennung: Koordinator*in für den Tätigkeitsbericht (Vorstand)
TOP	6	Diskussion und Beschluss: Vorschlag Mitglieder Verwaltungsrat (Vorstand)
TOP	7	Diskussion und ggf. Beschluss: Preiserhöhungsverlangen DB Regio Südost für Semesterticket (Mike Niederstraße)
TOP	8	Diskussion und Beschluss: Delegation ABS-VV (Johannes Struzek)
TOP	9	Ernennung: LBA-Delegierte (Christian Hanke)
TOP	10	Diskussion und ggf. Beschluss: Neubehandlung des Vorstandsbeschlusses zur Mandatierung im Rechtsstreit mit ADV Amazonia Jena vom 9.10.2013 (Christopher John)
TOP	11	Diskussion und Beschluss: Ausschreibung Bürokräft KokoS (Vorstand)
TOP	12	Wahl: Lektorat Akrützel (Akrützel)
TOP	13	Sonstiges

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung:

14/0/1 – angenommen.

TOP 3 Diskussion und Beschluss: Bestätigung der Referatsleitungen (Vorstand)

Gleichstellungsreferat (Marcus Felix, Mandy Gratz)

Johannes Struzek: Er fragt, ob die beiden in Abwesenheit bestätigt werden können.

Matthias Gothe: Er meint, dass es Diskussionspunkte gibt.

Dorothea Forch: Die meint, dass Inhalte auch später diskutiert werden können.

Christian Hanke: Er meint, dass es erst einmal nur um die Menschen gehen soll.

GO-Antrag auf Vertagung von Johannes Krause.

Keine Gegenrede!

- vertagt.

Referat für Menschenrechte (Janine Eppert, Daniel Netzeband)

Janine Eppert: Sie nimmt Bezug auf die Diskussion zur letzten Sitzung. Sie findet es schade, dass es persönliche Vorbehalte gibt. Zur Kritik an der Antifaflagge möchte sie sagen, dass auch ein anderes Referat dies in seinem Logo hat. Andere Referate verwenden auch andere, eigene Logos, dies interessiert jedoch niemanden. Die Facebookseite wurde für eine Steigerung der Präsenz in der Öffentlichkeit erstellt. Ihr war damals der Sturabeschluss unbekannt. Die Seite sollte abgeschaltet werden, das ging aber nicht. Sie haben ihr eigenes Logo schon länger und wussten nichts von dem Beschluss. Im neuen Logo ist auch das Wort „Stura“ enthalten. Den Vorwurf, dass die Öffentlichkeitsarbeit des Stura durch sie torpediert wird, möchte sie ebenfalls zurückweisen. Das Referat ist eines der aktivsten, es hat viele Mitarbeiter*innen und macht viele Veranstaltungen.

Viele andere Referate weisen nicht auf ihre Verbindung zum Stura hin, sie tun dies immer, auch in den Bündnissen. Die Arbeit des Referats kommt immer gut an. Die Wordpress-Seite kann gern mit über die Stura-Seite verlinkt werden, eine Einbindung funktioniert aber nicht. Zum Vorwurf der Veruntreuung möchte sie sagen, dass das Logo aus Stress vergessen wird. Flyer müssen manchmal sehr schnell gemacht werden. Es werden auch nicht allen Bündnispartnern Logos zugespielt, dies liegt z. Teil auch am Selbstschutz, z.B. bei Aktionen wie die Aktionen gegen Neonazis in Kahla. Auch privat werden manchmal Sachen bezahlt, so z.B. die Klausurtagung des Referats. Der Veruntreuungsvorwurf ist sehr dreist und zeugt von wenig Wertschätzung.

Daniel Netzeband schließt sich dem an und findet diesen Vorwurf ebenfalls sehr dreist. Auch er weist auf die mangelnde Wertschätzung hin, die ihrer Arbeit damit entgegengebracht wird. Die Antifa-Flagge steht nicht für eine politische Richtung, sondern für die antifaschistische Einstellung. Der Vergleich mit Hakenkreuzfahnen auf der letzten Sitzung fand er sehr unangebracht. Er meint, dass in einer Stadt, die die NSU-Terroristen hervorgebracht hat, auch eine Antifaflagge aufgehängt werden darf. Zum Vorwurf der Ferne zu den Studierenden möchte er sagen, dass v.a. die Arbeit der Referate Menschen anlockt. Um den Studierenden Menschenrechte näher zu bringen gibt es konkrete Aktionen. Sie haben viele Kontakte und lernen Flüchtlinge kennen. Dies ist sehr spannend und zieht Studierende an, die dadurch an den Stura herangeführt werden. Studi-Ferne ist daher ein absolut verfehltes Argument.

Johannes Struzek: Er findet es nicht richtig, die Kritik am eigenen, abweichenden Logo vorzubringen, da dessen Entstehung weit zurückliegt. Die Kritik hat nun einen Abstracharakter, sie hätte vorher angebracht werden müssen. Die Form von Kritik ist wichtig. Die Kritik an der Arbeitsweise ist zu spät und nicht konstruktiv, daher bringt diese Diskussion jetzt nichts.

Julia Walther: Sie weist darauf hin, dass der Veruntreuungsvorwurf nicht als solcher gemeint war und bereits in der letzten Sitzung richtiggestellt wurde. Dies kann man auch im Protokoll nachlesen. Sie möchte wissen, was die Referent*innen unter Autonomie der Referate verstehen.

Janine Eppert: Im Referat werden bestimmte Thematiken bearbeitet, es wird eine Wechselwirkung mit dem Gremium angestrebt, so kam die Initiative, dass Schild-Security nicht mehr beauftragt wird aus dem Referat. Wenn das Gremium etwas initiieren will, können sie durch ihre Kontakte weiterhelfen und übernehmen dies. Wenn es menschenrechtliche Bedenken gibt, werden diese angebracht. Sie weist darauf hin, dass die Arbeit ehrenamtlich ist. Sie erfüllen Aufträge des Gremiums, diese Beauftragung kommt aber selten vor.

Daniel Netzeband: Er weist auf den pragmatischen Aspekt hin. Autonomie ist wichtig, sie sind jedoch an Weisungen gebunden. Bei Finanzanträge usw. ist die Autonomie wichtig, um den Ablauf zu gewährleisten.

Tom Bauermann: Das Referat für Menschenrechte hat die Aufgabe, Menschenrechte den Studierenden näher zu bringen. Die UN-Menschenrechtscharta ist aus der Barbarei in Europa entstanden, daher ist die Arbeit gegen Diskriminierung, Terrorisierung und Ausgrenzung wichtig. Das Referat versucht, die Menschenrechtscharta den Studierenden näherzubringen. Auch soziale Menschenrechte wie das Recht auf Arbeit werden thematisiert, dies ist Thema der kommenden Veranstaltungsreihe. Flüchtlingsarbeit ist nicht alleiniges Thema, allerdings gibt es daran reges Interesse. Hier ist das Recht auf Asyl betroffen.

GO-Antrag auf Abbruch der Debatte von Johanna Schuchmann. Es ist erwiesen, dass das Referat gute Arbeit macht. Kritik kann später angebracht werden.

Gegenrede von Julia Walther. Sie hat noch Fragen, die sie gern noch geklärt wüsste. Insbesondere beziehen sich diese Fragen auf die aktuelle Veranstaltung, weshalb hier ein aktuelles Problem betroffen ist, das jetzt besprochen werden sollte.

Abstimmung über den GO-Antrag: 5/10/1 – abgelehnt.

Julia Walther: Sie möchte wissen, inwieweit die Arbeit der beiden von ihren persönlichen politischen Idealen bestimmt wird und welche Rolle Parteipolitik dabei spielt. Außerdem hat sie eine Frage zur Podiumsdiskussion zum Syrien-Konflikt. Der Stura hat dazu eine Mittelfreigabe beschlossen, die mit 1200€ alle Kosten abdeckt. Sie möchte gern wissen, welchen (finanziellen) Anteil der SDS an dieser Veranstaltung hat und warum nicht vorher kommuniziert wurde, dass dieser daran beteiligt ist. Sie weist auf die Satzung hin, die parteipolitische Parteinarbeit verbietet.

Janine Eppert: Hauptthema des Referats ist Antifaschismus. Sie sind persönlich gegen Faschismus, daher sind sie natürlich mit ihrer persönlichen Meinung involviert. Die Kooperation mit dem SDS hat sich entwickelt. Die Sturakosten werden dadurch minimiert, der SDS übernimmt 200€. Diese Aufteilung liegt daran, dass sie nach ihrem jeweiligen Jahresbudget gehen und der SDS weniger Jahresbudget hat. Weiß nichts von Verbot.

Julia Walther: Sie erklärt, dass bei externen Finanzanträgen immer mit angegeben werden muss, welche Organisationen cofinanzieren, damit der Stura entscheiden kann, ob er mit diesen Gruppen in Verbindung gebracht werden möchte. Die Kooperation hätte auch bei dieser Veranstaltung offengelegt werden müssen.

Lars Peter Engels: Bei der Diskussion ging es nicht um Kritik an einzelnen Punkten. Kritisiert wurde v.a. ein Mangel an Kooperationsbereitschaft und Zugehörigkeitsgefühl zum Stura. Er fand die Reaktion auf die Kritik an der Antifafahne trotzig. Er hat sich die Wordpress-Seite angesehen. Viele Artikel darauf fand er gut, jedoch war der letzte Artikel ein propagandistischer Artikel gegen die Bundeswehr, der nichts mit Menschenrechten zu tun hat. Hier wird auf eine Politisierung der Studierendenschaft hingearbeitet. Der Aufruf, dass sich Kritiker selbst mit

engagieren sollen, ist zu einfach. Der Stura vertritt eine große Gruppe, daher ist v.a. Verantwortungsbewusstsein wichtig. Er fragt nach der Bedeutung des Begriffs „Antifaschismus“: Nazis sind natürlich böse, allerdings ist die antifaschistische Aktion teils auch gewaltbereit oder wird damit assoziiert, der Begriff ist also zu undifferenziert und wird verwaschen benutzt.

Dorothea Forch: Die Bundeswehr hat viel mit Menschenrechten zu tun. Außerdem sollte die Bundeswehr nicht in Schulen auftreten. Die Arbeit des Referats übersteigt die Arbeit vieler anderer Referate um Längen. Damit wird der Stura in ein gutes Licht gerückt. Es geht jetzt nicht um Inhalte, jeder kann diese mitbestimmen. Sie möchte auch an die Diskussionsdisziplin erinnern und spricht sich für eine baldige Abstimmung aus. Außerdem sind Hochschulgruppen keine Parteien.

Meike Boldt: Sie möchte sich Doro anschließen. Der böse Geist SDS wird hier genutzt, um die Arbeit des Referats zu diskreditieren

Daniel Netzeband: Im Referat gibt es viele Leute, die sich nicht parteipolitisch organisieren. Es gibt Schnittpunkte mit dem SDS. Die Veranstaltung ist sehr ausgewogen.

Johanna Schuchmann: Sie weist noch einmal darauf hin, dass der SDS ist eine Hochschulgruppe und keine Partei ist.

Johannes Struzek: Er zitiert aus der Satzung. Dort wird nicht Parteipolitik verboten, sondern angemerkt, dass die Organe der Studierendenschaft nicht der Durchsetzung eines politischen Programms dienen. Außerdem sollen sich die Studierenden für ihre Belange einsetzen. Aufgabe des Menschenrechtsreferats ist die Aufklärung und Sensibilisierung für die errungenen Maßstäbe. Das Menschenrechtsreferat tut dies. Außerdem sei gesagt worden, dass der SDS mitarbeitet.

Tom Bauermann: Er erzählt von seiner persönlichen Motivation, sich im Menschenrechtsreferat zu engagieren. Dies hat familiäre Hintergründe. Seiner Meinung nach sollen sich nicht nur Opfer des Faschismus gegen diesen stellen, sondern alle sind dazu aufgefordert. Er findet es schade, dass sie sich rechtfertigen müssen, wenn sie sich persönlich gegen Faschismus engagieren, da der Faschismus das Bewusstsein für die Menschenrechte geschärft hat. Er persönlich vertritt soziale und bürgerliche Rechte, daher ist er Teil dieses Referats.

**Abstimmung über die Bestätigung der Referent*innen:
76/3 – angenommen. Damit sind Janine und Daniel bestätigt.**

Referat für Lehrämter (Jonas Johné)

Christian Hanke erklärt, dass die Referentinnen beide am Freitag zurückgetreten sind. Es gab eine Neuwahl am Montag, gewählt ist Jonas Johné, der erst später anwesend sein kann. Es gab im Referat eine Aufarbeitung der Probleme des letzten Jahres, Jonas wurde das vollste Vertrauen des Referats ausgesprochen.

Markus Hammerschmidt: Er fragt, ob sich Jonas freiwillig gemeldet hat
Christian Hanke: Bejaht.

**Abstimmung über die Bestätigung des Referenten:
16/0/0 einstimmig angenommen. Damit ist Jonas bestätigt.**

TOP 4 Diskussion und Beschluss: Einrichtung von Arbeitskreisen (Vorstand)

Arbeitskreis für politische Bildung (Clemens Wigger, Marcel Eilenstein)

Der AK-Koordinator Clemens Wigger stellt sich vor. Er studiert im 7. Semester Südosteuropastudien und PoWi. Ein wichtiges Thema, dass der AK demnächst bearbeitet, sind Verschlüsselungstechniken für e-Mails etc., wozu es bald einen Workshop geben soll.

Es gibt keine Fragen.

**Abstimmung über die Ernennung von Clemens Wigger als Koordinator des AK PoBil:
15/0/0 – einstimmig angenommen.**

Arbeitskreis ASPA (Johannes Struzek)

Johannes Struzek erklärt, dass es zahlreiche Probleme mit dem ASPA gibt. Dieses betrifft 3 Fakultäten, darunter die 2 größten, d.h. die Philo und die FSV, sowie die Theologische Fakultät. Viele Entscheidungen des ASPA bzw. des Allgemeinen Prüfungsausschuss APA sind nicht richtig. Viele Studierende müssen daher ihr Studium aufgeben. Es gibt Datenschutzrechtsverletzungen, Bescheide werden an falsche Adressen gesandt, an einigen Stellen gibt es auch Rechtsverstöße. Das Thema wurde immer nebenbei in diversen Sturaeinrichtungen besprochen. Es ist wichtig, dass dies richtig behandelt wird. Daher soll es eine richtige Arbeitsgruppe geben, die

Probleme gebündelt öffentlich macht. Die Uni sowie die Landesregierung und die Öffentlichkeit sollen auf die Probleme hingewiesen werden.

Carsten Hölbing: Er fragt, wie Johannes als Einzelperson dieses komplizierte Thema bewältigen will.

Johannes Krause: Er fragt, wer dafür verantwortlich sein soll.

Johannes Struzek: Er würde gern zu einem ersten Treffen einladen und Interessierte suchen, dann sollte ein Koordinator gesucht werden. Sofern sich genügend Leute finden, wäre dies gut, es kann evtl. auch festgestellt werden, dass der AK nicht funktioniert, sodass kein Verlust entsteht.

Meike Boldt: Sie weist darauf hin, dass viele zur Sturawahl mit diesem Thema angetreten sind und findet die Idee gut.

Lars Peter Engels: Er sieht in dem AK genau das, was der Stura tun soll, weshalb er ihn befürwortet.

Paula Georgi: Sie fragt, ob es bereits Versuche seitens des Stura gab, die Situation zu verbessern

Johannes Struzek: Bei der Prüfungsberatung werden die Probleme erkannt und in Einzelfällen bewiesen.

Allerdings sind dies generelle Probleme. Beim Bolognatag wurde dies einmal thematisiert. Eine studentische Vertreterin des APA merkte an, dass dessen Entscheidungsverfahren nicht richtig und nicht abwägend genug ist. Es gibt zu viele Fälle und zu wenig Prüfung. Seit dieser Intervention wurden einige Fälle auch anders behandelt.

**Abstimmung über die Einrichtung des AK ASPA:
16/0/0 – einstimmig angenommen.**

Arbeitskreis Loser Zusammenschluss aktiver Studierender (LZaS) (Jonathan Eibisch)

Jonathan Eibisch stellt sich und die Arbeit des AKs vor. Er ist seit letztem November dessen Koordinator. Der AK wurde gegründet um Protest gegen Studiengebühren und verdeckte Kosten zu fördern bzw. zu unterstützen. Der AK organisiert die alterUNI: Dies ist eine Veranstaltungswoche, wo es um eine Erweiterung des Bildungsbegriffs geht und alternative Inhalte thematisiert werden. Diese fand das letzte mal 2012 statt, es ist ein relativ großes Projekt. Einige Menschen sind über den AK vernetzt und organisieren etwas zu freier Bildung. 2012 gab es ein autonomes Seminar, das Jonathan organisiert hat. Die Zukunft des AK ist relativ unklar, evtl. wird es ein alternatives Bildungswochenende geben.

Er selbst studiert im ersten Semester Gesellschaftstheorie und ist schon längere Zeit im Stura aktiv, z.B. auch im Umweltreferat.

Johannes Krause: Er fragt nach dem Schwerpunkt des AKs.

Jonathan Eibisch: Studiengebühren stehen nicht mehr zur Debatte. Der aktuelle Schwerpunkt ist die AlternativUNI. Dazu müssen sich allerdings Mitorganisatoren finden, dass sieht er noch skeptisch.

Carsten Hölbing: Er fragt, aus welchem Haushaltstop dies bezahlt wird

Jonathan Eibisch: Er kann über nichts selbst verfügen, der Topf des AK hat derzeit 1000 €.

Clemens Wigger: Er ergänzt, dass es im letzten Haushalt keinen Extratopf für die AlterUni gab, aber die Zusage, dass die Mittel aus anderen Töpfen kommen können.

Johannes Struzek: Er erklärt, dass es zum Haushaltsbeschluss schon absehbar war, dass es keine Alteruni geben würde.

**Abstimmung über die Einrichtung des AKs und die Ernennung von Jonathan Eibisch als Koordinator:
17/0/0 – einstimmig angenommen.**

TOP 5 Ernennung: Koordinator*in für den Tätigkeitsbericht (Vorstand)

Meike Boldt: Sie hat sich mit Johannes Struzek unterhalten und möchte diese Aufgabe gern übernehmen.

Johannes Krause: Er fragt, wie sie sich die Arbeit vorstellt.

Meike Boldt: Sie denkt, die bekommt Unterstützung von Johannes. Der Bericht soll die Arbeit der Referate und AKs und die wichtigsten Beschlüsse des Gremiums enthalten. Es soll eine Langversion für die Homepage und eine kürzere Version zum Verschicken und zur Herausgabe als Broschüre geben.

Der Vorstand bietet ebenfalls Unterstützung an.

**Abstimmung über die Ernennung von Meike Boldt als Koordinatorin für den Tätigkeitsbericht:
17/0/0 – einstimmig angenommen.**

Die Sitzungsleitung schlägt eine Pause von 10 Minuten vor.
Keine Gegenrede!

Pausenbeginn: 20:05 Uhr

Pausenende: 20:17 Uhr

TOP 6 Diskussion und Beschluss: Vorschlag Mitglieder Verwaltungsrat (Vorstand)

Es geht darum, Kandidaten für den Verwaltungsrat vorzuschlagen. Die KTS wählt aus diesen dann zur nächsten Sitzung entsprechende Vertreter für den Verw.rat. Es gibt keine Begrenzung dazu, wie viele Bewerber vorgeschlagen werden können.

Der Bewerber Johannes Struzek stellt sich vor. Die anderen 3 anwesenden Bewerber Clemens Beck, Clemens Leder und Nicolai Partpart warten vor der Tür.

Johannes Struzek: Wichtige Themen sind für ihn Wohnheime, da in Jena ein Wohnraumproblem besteht. In anderen Städten in Thüringen gibt es jedoch genug Wohnraum. Beim Wohnheimbau muss v.a. in Jena etwas geändert werden. So ist z.B. der Ausschluss von Behinderten in Wohnheimen ein Problem. Hier ist eine gerechte Bauweise nötig. Die Angebote der psychosozialen Beratung sollten verbessert werden. Bei der Kulturförderung fehlt es an Koordination, die Abteilung Kultur arbeitet zwar gut, aber der Verwaltungsrat sollte das Thema nochmal aufgreifen, da gerade über Mietverträge der Studentenclubs diskutiert wird. Hier ist ein studentisches Statement wichtig. Zu den Mensen: Die Mitarbeiter bekommen einen vergünstigten Preis, zahlen aber nicht dafür. Wirtschaftlich ist dies gut fürs StuWe, so die Argumentation. Mitarbeiteressen zu fördern, ist nicht unsere Aufgabe, eine andere Preisberechnung und mehr Personal ist nötig. In Ilmenau gab es aufgrund einer vorwiegend von Mitarbeitern besuchten Mensa bereits Protest. Er selbst war schon stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats, hat verschiedene Workshops davon besucht, Außerdem war er zwei Jahre Stura-Vorstand und stellvertretender HHV, er kennt sich ein wenig mit Finanzstrukturen aus. Außerdem war er stellv. Geschäftsführer des Finanzausschusses der Landesschülervertretung. Daher hat er Erfahrung mit Wirtschaftsführung. Er studiert außerdem jetzt auf LA.

Lars Peter Engels: Seine Einstellung zur Mensa findet er richtig. Er meint, dass StuWe hat knappe Kassen und möchte wissen, wie so Projekte umgesetzt werden sollen.

Johannes Struzek: Jedes Essen wird mit 3€ subventioniert, die Wohnheime tragen sich selbst. Es gibt hier nur Baukosten. Davon trägt das Land einen Teil. Wohnheimplätze müssen nicht subventioniert werden. Die Rücklagen sind wichtig, dafür braucht man keine höheren Beiträge. Was soziale Belange angeht gibt es vor Beitragserhöhungen Abstimmung in der KTS und den Sturen, die sich positionieren und Empfehlungen abgeben. Es gibt auch Fördertöpfe des Landes dafür, weshalb keine Beitragserhöhung geben muss. Diese müssen generell immer abgewogen werden, da die Exmatrikulation die Folge von Nichtzahlung des Beitrags ist.

Lars Peter Engels: Der Fördersatz von 3€ soll nicht erhöht werden. Es sollte eine Kontrollfunktion angestrebt werden, um zu sehen, ob alles richtig gefördert und eingehalten wird.

Johannes Struzek: Beim Essenspreis ist alles mit drin, außer dem Bau des Gebäudes. Außerdem sind viele Mitarbeiter nötig und diese werden besser bezahlt als anderswo, daher ist das Essen durchaus teuer.

Carsten Hölbing: Er fragt, warum Johannes plötzlich mehr Zeit hat, wo er doch erst vor einiger Zeit sein Vorstandsamt aufgegeben hat.

Johannes Struzek: Das Vorstandsamt hat eine andere Dimension. Der Verwaltungsrat tagt nicht so oft, es ist weniger Präsenz nötig, vieles wird eher über Mails geklärt. Zurzeit hat er 2 Ämter: den Studibeiratvorsitz und die KTS- Delegation, zu der es bzgl. Verwaltungsrat auch Synergieeffekte gibt.

Carsten Hölbing: Er fragt, ob er im Falle einer Nichtwahl auch weiter als Stellvertreter fungieren möchte.

Johannes Struzek: Er erklärt, dass wer nicht vorgeschlagen wird, nicht gewählt werden kann, auch nicht als Stellvertreter. Er steht generell auch als Stellvertreter zur Verfügung.

Es gibt keine weiteren Fragen an den Bewerber.

Johannes verlässt den Raum und Clemens Leder stellt sich vor.

Clemens Leder: Er ist 28 Jahre alt und seit 8 Jahren Student. Er hat Jura studiert, jetzt studiert er PoWi und Religionswissenschaft. Seine Motivation: Der Verwaltungsrat ist ein Gremium, wo man eher sachlich orientiert ist und weniger politisch. Er hat politische Erfahrung. Es geht im Verwaltungsrat um die Vertretung der Studierenden insgesamt. Er denkt, er ist kompromissfähig und kann überparteilich arbeiten, das qualifiziert ihn für den Verwaltungsrat.

Julia Walther: Sie fragt, welche Themen und Probleme er im Verwaltungsrat erwartet.

Clemens Leder: Er ist generell gegen Zentralisierung, Jena ist zwar ein Zentrum, aber Verteilungskonflikte findet er ungut. In diesem Gremium geht darum, dass sich die Studierendenschaft mit gemeinsamer Stimme gegen das Land richtet. Es ist wichtig, Studierende zu mobilisieren. Er sieht sich dazu in der Lage, Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Die Studierendenvertretung braucht eine gute PR.

Lars Peter Engels: Er fragt nach der Finanzierung von Projekten des StuWe und seinem Standpunkt zu einer Beitragserhöhung.

Clemens Leder: Er findet dies schwierig zu beantworten wegen der Inflation. Kritisch sieht er eine Erhöhung beim Semesterticket. Eine Beitragserhöhung muss man auf Grundlage der konkreten Zahlen entscheiden. Er weist noch einmal auf seine parteipolitische Neutralität hin: Ein Mandat bedeutet, dass man alle vertritt.

Keine weiteren Fragen an den Bewerber.
Clemens verlässt den Raum und Nicolai Parpart stellt sich vor.

Nicolai Parpart: Er ist neu in Jena und studiert im Master Soziologie. In Heidelberg war er bereits hochschulpolitisch aktiv in der Fachschaft und im dortigen „Stura“ (FSK). Er war Referent an der Schnittstelle zu Stuwe-Themen. Er war auch im AK StuWe aktiv. Oft konnte man kleinere Probleme auf informeller Basis klären. Er war in der Vertreterversammlung aktiv, die den Jahresabschluss des Stuwe machte und er war auch schon Studierendenvertreter im Verwaltungsrat in Heidelberg.

Moritz Hellmich: Er fragt, inwiefern er sich dazu in der Lage sieht, sich in hiesige Strukturen einzuarbeiten.
Nicolai Parpart: Die Strukturen in der studentischen Selbstverwaltung sind sehr anders, das Stuwe ist allerdings relativ ähnlich. Daher sieht er hier weniger Probleme. Er kann als Vertreter nicht alle (hiesigen) Probleme sehen und kann auch nicht Probleme selbst suchen, sondern ist hier auf Zuarbeit angewiesen.

Julia Walther: Sie fragt nach den Themen, die er für Jena bedeutend hält und danach, inwieweit er sich mit den Stura-Strukturen vernetzen würde als Vertreter im Verwaltungsrat.

Nicolai Parpart: Ein AK Stuwe wäre gut, um das Thema an Leute heranzubringen und auch zur Vernetzung sinnvoll. Die Themen können außerhalb der Gremiensitzungen geklärt werden, der Verwaltungsrat ist eher zum Abstimmen. Die informelle Basis ist wichtig. Probleme könnten sein, dass viele Standorte vertreten werden, die Konfliktlinie Studierende-Rektor ist dort nicht gegeben, es stehen eher die Standorte gegeneinander. Er möchte noch einmal für einen AK Stuwe plädieren, dieser hat ihn an das Stuwe herangeführt.

Es gibt keine weiteren Fragen an den Bewerber.
Nicolai verlässt den Raum und Clemens Beck stellt sich vor.

Clemens Beck: Er studiert im 4. Semester Master Mittelalterstudien und ist schon 2 Jahre Mitglied im Verwaltungsrat. Davor war er auch schon Stellvertreter. In den letzten Jahren ist einiges passiert. Wohnheime wurden renoviert, das Vegetable ist eröffnet worden, außerdem wurden zusätzliche Stellen bei der psychosozialen Beratung geschaffen. Ein Problem im Verwaltungsrat ist noch, dass ein externes Mitglied fehlt. Er hat vorher Wiwi studiert. Kenntnisse zu Wirtschaftsführung sind im Verwaltungsrat sinnvoll, da dort gerade das Problem der Finanzierung besteht: Das TMBWK will keine weiteren Kredite vergeben, hier muss man kompetent etwas entgegensetzen, daher ist es wichtig, sich mit Finanzen auszukennen. Er hat ein Gespräch mit dem Ministerium dazu angeregt, da dieser Vorwurf unsinnig ist und Wohnheime fehlen, insbesondere auch für ausländische Studierende. Das Stuwe ist v.a. für Sozialfürsorge da, daher müssen die Preise möglichst gering gehalten werden und das Geld nicht für Schnickschnackbauten ausgegeben werden.

Es gibt keine Fragen an den Bewerber. Clemens verlässt den Raum.

Carsten Hölbing: Er fragt nach dem weiteren Verfahren.
Johannes Krause: Er erklärt, dass wir nun Vertreter vorschlagen können, die dann der KTS als Bewerber für die Wahl empfohlen werden.
Dorothea Forch: Sie meint, wir sollten 3 oder 4 Vertreter inkl. Stellvertreter vorschlagen. Es würde auch Sinn machen, Stichpunkte mitzugeben als Entscheidungsgrundlage.
Carsten Hölbing: Er möchte wissen, ob es Sinn macht, alle zu bestätigen.
Johannes Krause: Er meint, der Stura sollte eine Filterfunktion wahrnehmen.

Es wird eine Generaldebatte gewünscht. Die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen.

Generaldebatte -NICHT ÖFFENTLICHER TEIL-

Ende der Generaldebatte. Die Öffentlichkeit wird wieder hereingebeten.

Zählkommission: Florian Rappen, Moritz Hellmich, Paula Georgi
Während der Auszählung wird bereits mit der Erklärung zu TOP 8 begonnen.

Abstimmungsergebnis

Johannes Struzek	13 Ja	3 Nein	2 Enthaltungen
Clemens Leder	0 Ja	13 Nein	5 Enthaltungen
Nicolai Parpart	12 Ja	4 Nein	2 Enthaltungen
Clemens Beck	12 Ja	3 Nein	3 Enthaltungen
Mike Niederstraßer	9 Ja	3 Nein	6 Enthaltungen

Damit werden der KTS Johannes Struzek, Clemens Beck, Nicolai Parpart und Mike Niederstraßer in dieser Reihenfolge als Kandidaten für den Verwaltungsrat vorgeschlagen.

TOP 8 Diskussion und Beschluss: Delegation ABS-VV (Johannes Struzek)

Johannes Struzek erklärt, dass der Stura im Aktionsbündnis gegen Studiengebühren Mitglied ist und daher Stimmrecht hat. Es sollen zentrale Papiere unterstützt werden zum Thema Studiengebühren. In Jena hat die letzte VV stattgefunden, daher gibt es eine Jenaer Erklärung. Auch wenn die letzten Studiengebühren abgeschafft werden, gibt es weitere Gebührentatbestände. In anderen Bundesländern gibt es andere Regelungen und Gebühren. Zur VV wird es v.a. um die Struktur des ABS gehen.

GO-Antrag auf Vorziehen von TOP 8 und TOP 12 von Julia Walther, da mit TOP 8 bereits begonnen wurde und die Gäste vom Akrützel bereits anwesend sind.

Gegenrede von Johannes Struzek. TOP 7 ist ein wichtiger Punkt, den er gern erklären würde. Allerdings hat er nicht mehr so lange Zeit, zumal die Lektoratswahl länger dauern wird.

Abstimmung über den GO-Antrag: 7/4/7 – angenommen.

Johannes Struzek: Es muss beschlossen werden, wen wir entsenden. Er spricht sich für eine geschlechterparitätisch besetzte Delegation aus. Der Stura hat eine Stimme, kann aber mehrere Personen benennen. In der Vergangeheit waren dies 2-3.

Johannes Krause: Er fragt, wer mit dem ABS und dem Thema bereits zu tun hatte.

Johannes Struzek: Er selbst, Hatto, Mike, Cindy Salzwedel und das HoPo-Referat.

Carsten Hölbing: Er fragt nach den Kosten pro Person.

Johannes Struzek: Die Fahrtkosten betragen um die 100€ pro Person mit der Bahn nach Frankfurt. Evtl. könnte man auch einen Mietwagen nehmen.

Julia Walther: Fragt nach Freiwilligen.

Johannes Struzek: Er würde Mike, Hatto und sich selbst vorschlagen.

Julia Walther: Sie würde Hatto und Johannes delegieren, da Mike nicht anwesend ist und nicht sagen kann, ob er teilnehmen möchte. Eine geschlechterparitätische Besetzung hält sie für nicht relevant.

Johannes Krause: Er schlägt Maxi Scheibner vor.

Maxi Scheibner: Entgegnet, dass sie keine Zeit dafür hat.

Johannes Struzek: Er möchte zwei Personen delegieren und evtl. weitere nachbenennen.

Antrag von Lars Peter Engels: Der Vorstand soll über die Delegation entscheiden.

Johanna Schuchmann: Befürwortet Johannes Vorschlag.

Lars zieht seinen Antrag zurück.

Antragstext: Hatto Frydryszek und Johannes Struzek werden zur ABS-VV delegiert, der Vorstand kann zudem noch weitere Delegierte benennen, sollte es Interessenten geben.

Abstimmung: 17/0/0 – einstimmig angenommen.

TOP 12 Wahl: Lektorat Akrützel (Akrützel) **

Es sind 2 Bewerber anwesend. Die dritte Bewerberin hat bereits signalisiert, dass sie die Stelle nicht antreten möchte.

Julia Walther erklärt das Verfahren: Das Akrützel hat aus den Bewerber*innen bereits eine Vorauswahl getroffen und drei Personen zum Probelektorat eingeladen, welches bereits stattgefunden hat. Diese 3 (jetzt 2) Bewerber*innen wurden eingeladen und stehen nun zur Wahl. Die Lektoratsstelle ist eine Honorarstelle, die vom Stura bezahlt wird. Gewählt wird ein Lektor für die nächsten 14 Ausgaben, d.h. bis Juli 2014.

Sebastian Beer verlässt den Raum.

Die Bewerberin Elisabeth Luther stellt sich vor. Sie studiert den Masterstudiengang Literatur – Kunst – Kultur und hat sich schon einmal beworben. Sie würde diese Arbeit gerne machen, da es gut in ihrem Lebenslauf aussieht und ihr viel Spaß macht.

Julia Walther: Sie fragt nach ihren Erfahrungen im Lektorieren.

Elisabeth Luther: Sie hat bereits zwei Probelektorate gemacht. Außerdem ist sie bei einem Kurzgeschichtenwettbewerb als Jurorin aktiv und lektoriert dort auch die Kurzgeschichten, die herausgegeben werden.

Clemens Beck: Er fragt nach dem Tätigkeitsfeld in der Onlineredaktion der OTZ.

Elisabeth Luther: Sie korrigieren dort u.a. Fehler der Printversionen und sind für das Onlinestellen verantwortlich.

Keine weiteren Fragen an die Bewerberin. Elisabeth Luther verlässt den Raum.

Der Bewerber Sebastian Beer stellt sich vor. Er studiert im 11. Semester Deutsch und Philosophie auf LA für Gymnasium und war bereits ein halbes Jahr Lektor beim Akrützel. Er hat dort viel gelernt, daher hat er sich erneut dafür beworben. Außerdem gibt er seit 10 Semestern ein Tutorium für Logik und Argumentationslogik, dabei bekommt man bei Nachdenken über Sprache einen Sinn dafür. Außerdem kennt er sich mit Layout aus.

Jenny Markert: Sie fragt, wieso er mit dem Lektorat aufgehört hat.

Sebastian Beer: Aus zeitlichen Gründen, die jetzt nicht mehr bestehen.

Julia Walther: Sie fragt, ob er noch so lange studiert, wie die Anstellung dauert.

Sebastian Beer: Bejaht.

Keine weiteren Fragen an den Bewerber.

Niclas Seydack: Er informiert über die Arbeit der Bewerber beim Probelektorat.

Christian Hanke: Er möchte wissen, welche Rolle der Grad der persönlichen Offenheit für die Stelle spielt.

Niclas Seydack: Dies war eher nur Information, die für die Arbeit weniger relevant ist.

Lars Peter Engels: Er fragt nach der Präferenz von Niclas.

Niclas Seydack: Sebastian.

Christian Hanke: Er fragt nach dem Geschlecht der vorherigen Lektoren.

Niclas Seydack: In den letzten zwei Semestern waren dies Frauen, davor weiß er es nicht.

Johannes Struzek: Er ergänzt, dass zwei der Lektoren bisher männlich waren.

Johannes Krause: Er fragt nach der Präferenz der Redaktion.

Niclas Seydack: Es gab dazu eine Diskussion, aber ihm wurde letztlich die Entscheidungsgewalt zugesprochen, da er die meiste Zeit mit dem Lektor zusammenarbeitet.

Es wird keine Personaldebatte gewünscht.

Zählkommission: Florian Rappen, Paula Georgi, Moritz Hellmich

Abstimmungsergebnis:

Elisabeth Luther **3 Ja**

Sebastian Beer **15 Ja**

Damit ist Sebastian als neuer Lektor des Akrützel gewählt. Er nimmt die Wahl an.

TOP 7 Diskussion und ggf. Beschluss: Preiserhöhungsverlangen DB Regio Südost für Semesterticket (Mike Niederstraßer)

Johannes Struzek erklärt, dass die DB den Preis für das Semesterticket anpassen möchte. Ab dem SoSe sollen 5 € mehr erhoben werden, dies wird jedoch organisatorisch kaum zu bewältigen sein. Die Studierendenvertreter sehen die Erhöhung prinzipiell erst einmal nicht ein. Es gab bereits ein Treffen mit dem StuWe. Es gab keine Leistungserhöhung durch die DB, daher ist die Preissteigerung nicht gerechtfertigt. DB regio hat hohe Gewinne, ist aber nicht in der Lage, Studierende gut zu transportieren. Mit dem StuWe gibt es die Einigung, dass die Erhöhung abgelehnt wird. Bei der KTS sieht man die Preissteigerung unter bestimmte Punkten als akzeptabel, da es lange keine Steigerung gab, die 5 Euro sind jedoch völlig übertrieben.

Mike bittet nun darum zu klären, ob wir eine Urabstimmung zur Erhöhung wollen. Die Urabstimmung wurde bei der Einführung des Tickets gemacht. Die Preissteigerung ist sehr hoch (knapp 10%?) wenn dies durch den bisherigen Beschluss nicht abgedeckt ist, dann ist eine Urabstimmung empfehlenswert, aber nicht zwingend. Außerdem weist er darauf hin, dass Klageverfahren gewonnen werden, wenn das Ticket durch eine Urabstimmung gedeckt ist.

Michael Siegmann: Er fragt, ob es nicht unklug wäre, jetzt eine Urabstimmung zu beschließen. Bei den Verhandlungen könnte man so sagen, dass 5€ zu viel sind.

Johannes Struzek: Die Verhandlungen werden darauf hinauslaufen, dass Urabstimmungen nötig werden. Ilmenau muss in jedem Fall urabstimmen. Man sollte sich jedoch erst einmal den alten Beschluss anschauen, auf dieser Grundlage kann man entscheiden.

Paula Georgi: Die Verhandlungen haben bereits begonnen. Sie möchte wissen, was passiert, wenn der Urabstimmungsbeschluss eine Erhöhung ablehnt und inwieweit die Bahn dann das Angebot absagen würde.

Johannes Struzek: Zuerst entscheidet der Verwaltungsrat. Dort ist eine Urabstimmung bindend. Es ist eine Frage der Verhandlungen: So lange der Vertrag nicht gekündigt wird, bleibt er bestehen. Eine Kündigung seitens der Bahn wäre auch eher unklug. Ein Nein zum Ticket wäre vermutlich nein zum Vertrag.

Marcus Hamerschmidt: Er fragt nach der Fragestellung der Urabstimmung.

Johannes Struzek: Diese müsste dann „ich stimme der Erhöhung zu.“ lauten. Es würde nicht um die Abschaffung oder Einführung eines Tickets gehen.

Johanna Schuchmann: Sie fragt, was man abstimmen lassen würde und ob es möglich wäre, wenn jemand hingehet und fragt, was DB regio sagt.

Johannes Struzek: Er erklärt noch einmal das Verfahren. Der Stura diskutiert nun über verschiedene Fragestellungen. Dann werden diese Punkte der Bahn vorgetragen, diese bringt dann ein Angebot. Dann steht man irgendwann vor einem Ergebnis und braucht evtl. eine Urabstimmung. Bei einem neuen Vertrag braucht man diese sicher.

Christian Hanke: Er findet, dass der vorgeschlagene Urabstimmungstext komisch wäre, da niemand zustimmen würde.

Julia Walther: Sie meint, dass zuerst einmal der geltende Beschluss geprüft werden muss, ehe man an dieser Stelle weiter diskutieren kann. Vielmehr sollte man sich über die anderen von Mike angeregten Punkte Gedanken machen.

Carsten Hölbing: Er fragt, wer eine Urabstimmung festlegt und was dies kostet.

Johannes Krause: Der Stura legt dies fest.

Johannes Struzek: Dies wird festgelegt, wenn wir in den Verhandlungen weiter sind.

Marcel Eilenstein: Er fragt nach den Kosten einer Urabstimmung, da hier die Verhältnismäßigkeit von Kosten und Ergebnis wichtig ist.

Johannes Struzek: Er geht zum nächsten Punkt über. Es steht die Frage, ob eine Erweiterung des Angebots eine Preiserhöhung akzeptabel machen würde. Er erklärt verschiedene Routen, die über die Landesgrenzen verlängert werden könnten und die von vielen Studierenden genutzt werden (nach Kassel, Göttingen usw.). Die KTS hat dies bereits diskutiert, d.h. ob man die Landesgrenze ins Ticket einbinden möchte oder ob man bestimmte Ziele in anderen Bundesländern auf den erwähnten Strecken anfahren können soll. Hier wäre ein Meinungsbild sinnvoll, ob 1€ Erhöhung mit dieser Erweiterung akzeptabel wäre.

Marcel Eilenstein: Er erinnert an den Universitätsverbund Jena-Halle-Leipzig, wo Studierende hin- und herpendeln, da sie an mehreren Orten studieren. Daher wäre der Einbezug dieser Städte womöglich sinnvoll. Er fragt, ob das Semesterticket thüringenweit gleich ist.

Johannes Struzek: Die Bahn und das Studentenwerk möchten ein gemeinsames, dies ist aber nicht zwingend. Die Verbindung Halle-Leipzig wurde auch von der KTS schon diskutiert.

Malte Pannemann: Er findet es gut, dass das in die Diskussion miteinbezogen wird. Er findet das Ticket über die Ländergrenze hinweg sinnvoll, da dann Ländertickets gekauft werden können. Tickets bis in die nächstgrößere Stadt hält er dagegen für nicht nötig.

Paula Georgi: Für lehrende und Studierende wird die Fahrt nach Halle-Leipzig wichtig werden, da die Kooperation laut StEP ausgebaut werden soll. Studierende sollten die Kosten nicht alleine tragen, man sollte nach Querfinanzierung schauen. Sie sieht darin einen Knackpunkt für die Zukunft, der jetzt verhandelt werden sollte.

Johannes Krause: Damit könnte man sich evtl. die Diskussionsgrundlage gegen die Kooperation entziehen. Er findet es wichtig, das Thema an die KTS weiterzureichen, da diese Expertise haben.

Johannes Struzek: Ihm geht es um die Diskussion und es ist wichtig, sich über einige Punkte zu einigen.

Marcus Hammerschmidt: Er fragt, welche Bundesländer die db regio umfasst. Es gibt bald Privatisierungen des Schienennetzes.

Johannes Struzek: Zum Verband gehören Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Es ist egal, wer auf den Schienen fährt, die DB muss sicherstellen, dass das Netz genutzt werden kann und Studierenden befördert werden können. Mit der EB gibt es da einen anderen Vertrag.

Christian Hanke: Er findet die hier diskutierten Tendenzen wichtig, damit die Verhandlungspartner wissen, was sie sagen sollen.

Moritz Hellmich: Zum Ticket im Hochschulverbund sagt er, es ist wichtig, dass man auch in die Stadt hineinkommt und nicht nur bis nach Naumburg.

Lars Peter Engels: Er ist für eine möglichst geldsparende Variante, die entweder komplett ohne Erhöhung auskommt oder nur wenn eine Leistungssteigerung inbegriffen ist, den Preis erhöht. Er hält jede Erhöhung des Semesterbeitrags für urabstimmungsbedürftig, da der Semesterbeitrag eine Zwangsabgabe ist.

Julia Walther: Sie schließt sich Lars an und meint auch, dass man eine möglichst günstige Variante aushandeln soll. Bezüglich Leistungssteigerung hält sie die Idee, bis über die Ländergrenzen fahren zu können für sinnvoll. Den Universitätsverbund Halle-Leipzig sollte man in der Diskussion eher aussparen, da dies nicht sehr viele Studierende betreffen wird und ohnehin unklar ist, wie sich dieser entwickelt.

Hatto Frydrysek: Er schließt sich ebenfalls Lars an und befürwortet Verhandlungen in die erwähnten 2 Richtungen. Der Semesterbeitrag ist sehr gestiegen, die Wohnpreise sind hoch. Der Semesterbeitrag sollte keine Hürde für das Studium werden.

Johannes Krause: Er findet ebenfalls eine Niedrighaltung der Preiserhöhung wichtig. Wenn die Erhöhung sich nicht vermeiden lässt, dann soll eine Leistungssteigerung stattfinden.

Johannes Struzek: Der Beschluss ist nur eine Strategiefestlegung. Für ihn wichtig, was diskutiert wird.

Meinungsbild: Die Mehrheit befürwortet diese Variante.

Antrag von Lars Peter Engels: Von der KTS sollen zwei Varianten ausgehandelt werden: Eine soll ohne eine Leistungssteigerung auf keine oder eine möglichst geringe Preiserhöhung abzielen; die zweite Variante soll eine Leistungssteigerung beinhalten.

Carsten Hölbing: Er fragt nach, ob es nicht besser wäre, erst nur auf eine Variante ohne Preiserhöhung hin zu verhandeln und dann eine Leistungssteigerung anzustreben, wenn die erste Variante scheitert.

Johanes Struzek: Eine Abwägungsmöglichkeit sollte bestehen bleiben.

Lars Peter Engels: Man kommt wahrscheinlich nicht an Preissteigerung vorbei.

Abstimmung über den Antrag: 17/0/0 – einstimmig angenommen.

Johannes Struzek: Eine thüringenweite Verhandlungsgruppe wäre sinnvoll, da es einen Gesamt-Vertrag geben soll. Er schlägt vor, dass man sich dafür ausspricht, dass Vertreter aus Jena wichtig sind.

Lars Peter Engels: Er fragt, ob wir dann nichts mehr entscheiden können.

Johannes Struzek: Vertreter aus Jena wären wichtig, man kann aber auch eigene Verhandlungen machen lassen.

Konsens: Wir bitten darum, dass Jena an den Verhandlungen beteiligt sein soll.

Johannes Struzek: Ein Großteil des Netzes wird von der Erfurter Bahn befahren. Diese möchte eigene Verhandlungen, und evtl. mehr Geld bekommen. Es gibt auch noch andere Bahnen. Wir könnten mit allen verhandeln oder nur mit einer. Es steht die Frage, ob wir einen eigenen, besseren Vertrag mit der EB machen wollen. Konsens im Stuwé ist, dass solange der Preis gleich bleibt, der Vertrag bleiben sollte. Sollte dagegen ein höherer Preis aufgezwungen werden, sollte mit der Konkurrenz verhandelt werden.

Tristan Kreuzinger: Er fragt, ob er mit „wir“ uns meint oder die KTS.

Johannes Struzek: Beide.

Anika Rehe: Sie sieht die Schwierigkeit, dass wenn es verschiedene Verträge gibt, sich die Beträge summieren und höher werden.

Johannes Struzek: Es bestehen die Möglichkeiten, einen Vertrag mit allen oder Verträge mit verschiedenen Partnern abzuschließen. Sowohl die EB als auch die DB haben ein Interesse an einem gemeinsamen Vertrag.

Malte Pannemann: Ihm ist unklar, was unser Vorteil bei extra Verhandlungen sein könnte, er sieht nur den Vorteil der EB.

Johannes Struzek: Wir könnten auf die DB verzichten und mit der EB verhandeln. Dabei gibt es 2 Gruppen, die konkurrieren müssen. Die EB meinte, sie könnte es auch günstiger machen, wenn der Vertrag mit der DB gekündigt ist. Es geht der DB nur um die Bilanz. Für die EB bedeutet dies dagegen um eine Machtstellung. Daher entsteht eine Kampfsituation. Er ist für keine Änderung des Vertrags, die Verhandlungen mit der EB wären nur bei der Preissteigerung sinnvoll.

Johannes Krause: Er meint Konkurrenz belebt das Geschäft, daher fände er diese Verhandlungen gut. Man könnte zumindest anfragen.

Johannes Struzek: Bisher war das Angebot der EB nicht gut genug. Vorher sollten wir bei der DB bleiben.

Michael Siegmann: Er ist auch eher für jetzige Verhandlungen mit der EB, wenn die Versprechungen nur leere Worte sind, kann man die Verhandlungen immer noch abbrechen.

Anika Rehe: Sie weist darauf hin, dass irgendwer den Vertrag erst kündigen muss. Bis dahin bleibt der jetzige Vertrag bestehen. Jetzt sind derartige Verhandlungen also nicht nötig.

Michael Siegmann: Er meint, man kann auch neue Angebote einholen.

Anika Rehe: Sie weist darauf hin, dass es nicht endlose Kapazitäten gibt und irgendwer sich an den Verhandlungen beteiligen müsste.

Lars Peter Engels: Stimmt dem zu.

Johannes Struzek: Er weist darauf hin, dass die finanzielle Situation der DB regio gut ist, sie steht nicht unter Druck und hat nur freundlich angefragt. Es gibt seit 6 oder 7 Jahren den gleichen Preis. Bei der EB müsste man davon ausgehen, dass es häufiger Preisadjustierungen geben könnte.

Moritz Hellmich: Er fragt, ob eine Urabstimmung nötig wäre, wenn wir den Vertrag mit einer gleichen Summe bei einem anderen Unternehmen abschließen würden.

Johannes Struzek: Sie hängt an der Formulierung des damaligen Beschlusses.

Antrag: Die Verhandlungsgruppe setzt sich für das Fortbestehen des jetzigen Vertrages ein. Sollte die Preisstabilität bei der DB nicht gegeben sein, werden Verhandlungen mit Konkurrenten aufgenommen. Bei gleichen oder besseren Konditionen bleibt man bei der DB.

Abstimmung: 16/0/1 – angenommen.

Johannes Struzek: Zum jetzigen Zeitpunkt ist es zu früh, etwas konkretes zu sagen. Es wird jedoch Berichte geben. Das Infomaterial soll besprochen werden, wenn es soweit ist. Mike würde gern für die Verhandlungsgruppe vorgeschlagen werden. Außerdem würde er gern selbst mit teilnehmen. Die KTS

entscheidet dann endgültig über die Zusammensetzung der Verhandlungsgruppe..

Mandy Gratz: Sie befürwortet dies, da beide Erfahrungen haben. Ihr wäre es lieb, wenn eine weitere Person eingearbeitet wird.

Es gibt keine Gegenrede zu diesem Vorschlag.

Johannes Struzek: Es wird wohl auch Verhandlungen zum VMT-Ticket geben. Außerdem weist er darauf hin, dass es eine Arbeitsgruppe zum Semesterticket bereits gibt, dies ist die AG Semtix.

TOP 9 Ernennung: LBA-Delegierte (Christian Hanke)

Christian Hanke: Er erklärt, dass am 7. 11. der Lehrerbildungsausschuss tagt. Dieser hat hauptsächlich beratende Funktion. 7 Studierende haben darin Stimmrecht. Das Referat für Lehrämter hat 7 Delegierte und einige Stellvertreter*innen vorgeschlagen. Deren Namen sind im Sitzungsmaterial zu finden. Bedingung für den LBA ist, dass die Vertreter Lehramtsstudierende sein müssen.

Julia Walther: Sie fragt nach, wie die Stellvertretung geregelt ist.

Christian Hanke: Dies ist nicht konkret geregelt und theoretisch egal. Wichtig ist, dass die Delegierten beratende Sturamitglieder werden. Die Stellvertretung ist nur für den LBA wichtig.

Mandy Gratz: Aus den 7 Delegierten werden 2 Mitglieder ernannt, die in den geschäftsführenden Lehrerbildungsausschuss entsandt werden. Dieser hat noch weniger Befugnisse als der LBA, tagt aber häufiger. Der LBA hat eine berichtende Funktion im Senat und eine beratende Funktion in den Senatsausschüssen.

Abstimmung über die Ernennung der Delegierten:

16/0/0 – einstimmig angenommen.

Damit sind Jonas Johnne, Jonny Pabst, Mandy Gratz, Annemarie Mannhardt, Marcel Helwig, Johannes Struzek und Hannes Sauerbier als Delegierte in den LBA entsandt. Als Stellvertreter*innen fungieren Christian Hanke, Lisa Karstädt, Benedict Behrens, Theresa Truckenbrodt und Volker Süßen.

TOP 10 Diskussion und ggf. Beschluss: Neubehandlung des Vorstandsbeschlusses zur Mandatierung im Rechtsstreit mit ADV Amazonia Jena vom 9.10.2013 (Christopher Johnne)

Julia Walther erklärt, dass es hierbei um eine nachträgliche Bestätigung des Vorstandsbeschlusses geht. Das Verfahren wurde durch die Studierendenschaft gewonnen, allerdings entstehen noch 500€ Kosten, da ein Punkt zu unseren Ungunsten entschieden wurde.

Tristan Kreuzinger: Er fragt nach, was dann der Beschluss auf der konstituierenden Sitzung beinhaltet hat.

Johannes Krause: Er erklärt, dass es damals um die Zulassung der Gruppen zum MdM ging. Jetzt geht es darum, nachträglich die Beauftragung der Anwaltskanzlei zu bestätigen. Dies übersteigt die Kompetenzen des Vorstandes, musste aber aufgrund der Kürze der Zeit so beschlossen werden.

Lars Peter Engels: Er fragt nach, ob es eine Rechtsschutzversicherung gibt und ob es eine Unterstützung bzw. Vertretung seitens der Universität gibt.

Julia Walther: Sie ist sich nicht sicher, ob es eine Rechtsschutzversicherung gibt und ob diese in derartigen Fällen einspringt. Sie wird dies in Erfahrung bringen. Das Rechtsamt wird zwar teilweise vom Studierendenrat zu Hilfe gezogen, da aber auch diverse Verfahren gegen die Uni laufen, kommt dies als rechtliche Vertretung nicht in Frage.

Hatto Frydryszak: Er ergänzt, dass das Rechtsamt als Aufsicht und Berater für die Studierendenschaft fungiert. Allerdings sind diese kein Dienstleister für den Stura, worauf sie bereits hingewiesen haben.

Abstimmung über die Bestätigung des Vorstandsbeschlusses:

16/0/0 – einstimmig angenommen.

TOP 11 Diskussion und Beschluss: Ausschreibung Bürokräft KokoS (Vorstand)

Johannes Krause erklärt, worum es geht. Die Kontakt- und Koordinierungsstelle befindet sich auf dem Haus auf der Mauer, wo zahlreiche HSGs ihren Sitz haben. Eva-Maria Barthel ist dort als Bürokräft angestellt. Ihre Stelle wird u.a. von der Stadt, der Uni und von der Studierendenschaft bezahlt. Es soll eine weitere Stelle ausgeschrieben werden, die sich v.a. mit Homepages auskennt und EDV-Kenntnisse besitzt.

Julia Walther ergänzt, dass im Kooperationsvertrag festgeschrieben ist, dass es eine weitere Bürokräft geben soll. Der Studierendenrat fungiert zwar als Arbeitgeber, die Stelle wird jedoch von allen Vertragspartner bezahlt, d.h. dem Stura entstehen keine neuen Kosten.

Carsten Hölbing: Er gibt den Hinweis, dass bzgl. Webseiten konkret ausgeschrieben werden sollte, welche Kenntnisse gesucht werden.

Dorothea Forch: Sie fragt, wie die Stelle beschaffen sein soll.

Julia Walther: Sie sagt, dass es dazu keine konkreten Angaben gibt. Es ist die Stelle von einer „geringfügig beschäftigten Person“, d.h., dass der Umfang nicht mehr als 450€ pro Monat sein darf.

Johannes Krause: Er sagt, dass Peter meinte, dass dies bei den Verhandlungen schon so abgeklärt worden ist.

Dorothea Forch: Sie ist für eine Rücksprache mit Eva und würde den Vorstand dann genaueres entscheiden lassen.

Antrag von Dorothea Forch: „Der Höchstumfang der Bürokräftstelle soll 10 Stunden pro Woche mit einem Monatsgehalt von 450 € betragen. Die genaue Ausgestaltung der Stelle inkl. tatsächlich benötigter Stundenzahl regelt der Vorstand in Absprache mit Eva-Maria Barthel.“

Abstimmung: 16/0/0 – einstimmig angenommen.

TOP 13 Sonstiges

Der Vorstand lädt noch zum gemeinsamen Beisammensein im Alster ein.

Keine weiteren Punkte vorhanden.

Die Sitzungsleitung schließt die Sitzung um 23:35 Uhr.

Protokollantin

Sitzungsleitung